

„Da brennt die Sicherung durch“

Mindestens 500 000 DDR-Bürger werden in diesem Jahr in die Bundesrepublik übersiedeln, Hunderttausende kommen aus den Ostblockstaaten. Wer soll die Ein-

wanderer bezahlen? Der Kampf um Jobs und Wohnungen wird härter; Renten- und Krankenversicherungen sehen sich enormen Zusatzforderungen ausgesetzt.

Über den Befund gab es keine Zweifel. Der Patient, den Chefarzt Roland Hetzer im West-Berliner Herzzentrum am Augustenburger Platz gerade untersucht hatte, mußte am offenen Herzen operiert werden. Zwar nicht sofort, aber in naher Zukunft war der Eingriff unumgänglich.

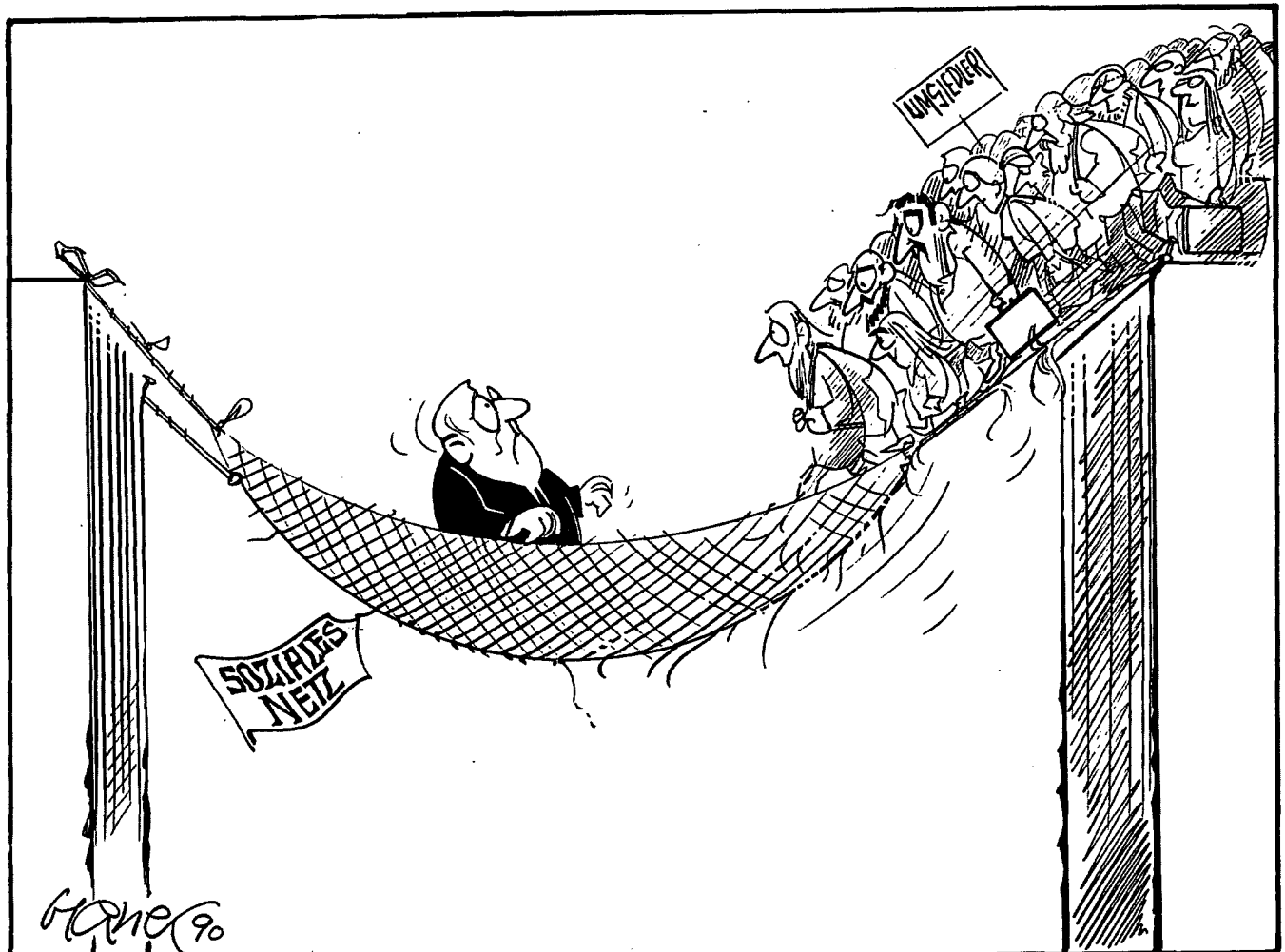
Mit dieser Diagnose hätte der Professor seinen Besucher aus der DDR nach Hause schicken können. Kostenlose Behandlung ist nach dem Gesundheitsab-

kommen mit der DDR nur bei akuten Fällen selbstverständlich. Unmittelbare Gefahr für den Patienten bestand jedoch nicht.

Vorsichtshalber fragte Hetzer bei der Berliner Sozialsenatorin Ingrid Stahmer an, wie er sich verhalten solle. Als Arzt würde er dem Patienten gern helfen, und der wünsche auch, im Westen operiert zu werden, berichtete der Herzspezialist am Telefon. Aber die Operation koste nun mal 143 000 Mark.

Der DDR-Bürger wurde operiert. Die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Berlin bezahlte zunächst die Rechnung, Bonn erstattet die Kosten später aus Steuergeldern.

Ein besonders teurer Fall, gewiß, aber medizinische Hilfeleistung für DDR-Bürger ist längst keine Ausnahme mehr. Die AOK Berlin mußte in den vergangenen Wochen so häufig in Vorlage treten, daß ihr langsam die flüssigen Mittel ausgehen.



Brieflich bat Frau Stahmer Bundeskanzler Helmut Kohl, die Konten der Ortskrankenkasse schnell aufzufüllen. Aus Eigenmitteln können die Berliner Operationen und Brillen, neue Zähne und Grippemittel für die Besucher aus dem Osten nicht mehr bezahlen.

Dringlich müsse der DDR geholfen werden, so schrieb die Senatorin an Helmut Kohl, die Gesundheitsleistungen drüben zu verbessern. Sonst, so die Befürchtung, stehe eine neue Kostenexplosion im westdeutschen Gesundheitswesen bevor.

Die erste Begeisterung über die Öffnung der Grenzen legt sich, die zu Tränen rührende Freude weicht einer nüchternen Beschau dessen, was die deutsch-deutsche Freizügigkeit den wohlhabenden Weststaat kosten wird. Aufmerksam registrieren nicht nur Stammgäste Fälle wie den der Herzoperation in Berlin.

Sorgenvoll werden die Zahlen der Neubürger addiert und hochgerechnet. Täglich wechseln derzeit bis zu 2000 Deutsche-Ost nach Deutschland-West, für das ganze Jahr werden in Bonn mehr als eine halbe Million Übersiedler nicht mehr ausgeschlossen. Bleibt die Wirtschaftslage der DDR so trostlos wie im Augenblick, verschlimmert sie sich gar, so dürfte der Strom der Abwanderer noch deutlich anschwellen.

Dazu kommen jene, die aus osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion ins vermeintliche Paradies Bundesrepublik umziehen. Alles zusammen wird das westliche Deutschland in diesem Jahr durch Aus- und Übersiedler eine Million Bürger dazugewinnen, mindestens. Bereits 1989 waren es 720 000 Aus- und Übersiedler.

Ängste machen sich breit, daß diejenigen, die nun mühelos die Grenzen passieren, die Kräfte selbst der reichen Bundesrepublik überfordern; daß die Sozialsysteme, daß der Wohnungs- und der Arbeitsmarkt dem Ansturm nicht gewachsen sind; daß Gefahr für den hart erarbeiteten Wohlstand droht.

Wer füllt jene öffentlichen Kassen auf, aus denen Studienförderung, Sozialhilfe und Eingliederungshilfen für die Zuzügler aus dem Osten bezahlt werden müssen? Hält das ohnehin zum Zerreißen angespannte soziale Netz dem zusätzlichen Druck von Millionen Aus- und Übersiedlern stand?

Probleme gab es auch schon ohne die jüngste Zuwandererwelle, vor der Grenzöffnung, zuhauf. 1987/88 war, für die Bonner Politiker völlig überraschend, der Wohnungsmarkt gekippt. Die leerstehenden Behausungen in den Sozialgettos am Stadtrand füllten sich wieder mit Menschen, die Nachfrage überstieg das Angebot. Inzwischen herrscht nicht nur in Groß-, sondern auch in vielen Mittel- und Kleinstädten eine beklemmende Wohnungsnot.



DDR-Flüchtlinge*: In die glitzernde Warenwelt des Westens

Der Arbeitsmarkt ist seit Jahren aus dem Lot. Seit 1983 lebt die Bundesrepublik ohne Unterbrechung mit rund zwei Millionen registrierten Arbeitslosen. Auch die Super-Konjunktur der vergangenen Jahre hat den Mangel an bezahlter Arbeit nicht beseitigen können.

Schließlich, und nicht zuletzt, die Sozialsysteme. Noch ist gut in Erinnerung, daß deren Sanierung – auch ohne die Neubürger – als bedeutendste politische Aufgabe dieser Legislaturperiode eingestuft wurde. Es bedurfte einer großen Koalition zwischen Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten, die Rentenversicherung zumindest bis ins nächste Jahrtausend zu sichern.

Nur mit drastischem Leistungsabbau war es möglich, den Anstieg der Krankenkassenbeiträge zumindest vorüberge-

hend zu bremsen. Die Arbeitslosenversicherung ist nach wie vor auf Milliarden-Zuschüsse aus der Bonner Kasse angewiesen. Die Gemeinden ächzen unter der Last der Sozialhilfe.

Wohnungsmangel, Millionen-Arbeitslosigkeit, leere Sozialkassen – und nun Hunderttausende, wenn nicht Millionen, die alle diese Mängel und Nöte verschärfen werden.

Inzwischen haben Politiker aller Richtungen, allen voran der inoffizielle SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, erkannt, welch gefährliche Mischung sich da aus Mißgunst und Existenzangst zusammenbraut.

Die Aus- und Übersiedler und ihre vermeintliche oder tatsächliche Bevorzugung bei Arbeit und Wohnung, Rente und Krankheitskosten – dieses Thema droht zu einem Hit des Wahlkampfjahres 1990 in der Bundesrepublik zu wer-

* Am 9. November 1989 am Grenzübergang Schirmding.

den. Emsig sind die Parteien dabei, sich auf diese Auseinandersetzung vorzubereiten.

Plötzlich merken alle, daß das Kriegsfolgerecht 45 Jahre nach Ende des Krieges nicht geeignet ist, die Völkerwanderung im Zeitalter der Freizügigkeit zu bewältigen. „Das ganze Recht muß auf eine neue Grundlage gestellt werden“, sagt der Sozialexperte Gerhard Scheu von der CSU.

Flink schob sich die CSU vorige Woche mit einem eigenen Programm in den

Vordergrund. Sie will die Rente der Aus- und Übersiedler beschneiden. Ein Schnellschuß soll publikumswirksam verhindern, daß staatsbekannte SED-Funktionäre und Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes in der Bundesrepublik üppige Ruhegelder kassieren.

In der Bonner Koalitionsrunde, am Dienstag vergangener Woche, zeigte sich CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm bereit, DDR-Militärs und Stasi-Rentner vom westdeutschen Sozialtopf fernzuhalten. Eine Regierungsarbeits-

gruppe, so beschloß die Runde, soll zudem schnell das gesamte Rentenrecht überprüfen. In dieser Woche wollen die Regierungschefs der Länder über den Abbau zahlreicher Sonderleistungen für Aus- und Übersiedler entscheiden.

Die Politiker haben, ausnahmsweise, eine gute Witterung für die Stimmung an der Basis. Die Regierenden wissen aus langjähriger Erfahrung: Teilen im anonymen Kollektiv gehörte noch nie zu jenen Fähigkeiten, die bei den Bundesbürgern besonders ausgeprägt waren.

Entwicklungshilfe für die Dritte Welt leisteten die Bonner Regierungen quasi gegen den Mehrheitswillen, weil die außenpolitischen Zwänge dies erforderten. Ausländische Mitbürger waren, auch wenn sie noch so viel zum Bruttosozialprodukt beitrugen, stets Gegenstand des Sozialneids.

Die Toleranz gegenüber den DDR-Deutschen ist zweifellos größer, sie fallen weder durch die Hautfarbe noch durch die Sprache auf. Doch je mehr sich rumspricht, was die Neuen das Land kosten oder kosten können, um so entschiedener wird gewiß die Abwehrhaltung. Zumal die DDR-Bürger durchaus Abgreif-Qualitäten besitzen. Rund 60 Prozent der Übersiedler aus der DDR etwa, die in den ersten sechs Monaten des vorigen Jahres in West-Berlin eintrafen, ließen sich damals zunächst einmal krank schreiben. Bereitwillig attestierten Ärzte „Übersiedlungssyndrome“ oder „Adaptionsschwierigkeiten“.

Hier und da lagen sicherlich Krankheitszeichen vor. Der Hauptanreiz, das neue Leben im Westen krank zu beginnen, lag aber sicherlich woanders: Das Krankengeld ist deutlich höher als das Arbeitslosengeld.

Ob es polnischen Asylanten tatsächlich ernst ist, sich in der Bundesrepublik niederzulassen, testete kürzlich Dortmunds Sozialdezernent Manfred Scholle. Er ordnete an, einen Monat lang die Sozialhilfe-Überweisungen an polnische Asylanten zu unterbrechen. Rund zehn Prozent der Empfänger reagierten überhaupt nicht – für Scholle Grund zu der Annahme, daß sich die Bezieher gar nicht im Lande aufhielten.

Diese Einschätzung teilt ein Kollege aus einer rheinischen Großstadt. „Da gibt es Briefkästen mit zwei bis drei Namen. Einige Polen kommen nur alle drei Monate, um ihr Konto leer zu räumen“, weiß der Sozialexperte zu berichten.

Wenn Arbeits- oder Sozialamt zu einem Vorstellungs- oder Beratungsgespräch lädt, dann wird das vier Tage vorher mitgeteilt, Zeit genug, aus Polen anzureisen. Im Westen Sozialleistungen beziehen, im Osten leben – die Versuchung ist, angesichts der sicheren Gewinne, riesengroß.

Dabei muß es gar nicht Mißbrauch sein, mit dem sich ein guter Lebensstan-



SCHÖNE BESCHERUNG Leistungen von Bund und Ländern für Aus- und Übersiedler und Flüchtlinge; Stand Ende 1989		Aussiedler	Flüchtlinge und Übersiedler (DDR)
Einmalige Überbrückungshilfe von 200 Mark pro Person		☐	☐
Überbrückungsgeld der Länder, zum Beispiel bisher in Hessen: 30 Mark für den Haushaltsvorstand und je 15 Mark für die Haushaltsangehörigen		☐	☐
Beratung über schulische, berufliche und soziale Eingliederung (auch Bundesvertriebenengesetz und Arbeitsförderungsgesetz)		☐	☐
Erstattung der Rückführungskosten (Reisekosten und Frachtkosten des Umzuges in die Bundesrepublik); für Personen aus der Sowjetunion 1500 Mark, für Polen 300 Mark		☐	☐
Zinsverbilligtes Einrichtungsdarlehen (Bund)		☐	☐
Anerkennung von abgelegten Prüfungen und erworbenen Befähigungen im Herkunftsland		☐	☐
Bundesausbildungsförderungsgesetz		☐	☐
Beihilfen aus dem Garantiefonds (Fortbildung)		☐	☐
Sprachförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz		☐	entfällt
Kindergeld		☐	☐
Krankengeld und Krankenhilfe		☐	☐
Rentenversicherung: Anerkennung der Versicherungszeiten		☐	☐
Arbeitslosengeld (Eingliederungsgeld)		☐	☐
Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz		☐	☐
Steuervergünstigungen		☐	☐
Besondere Freibeträge beim Wohngeld		☐	☐
Wohnberechtigungsschein (Erhöhung des maßgeblichen Jahreseinkommens um 6300 Mark)		☐	☐
Hilfen zur Gründung einer selbständigen Existenz (Bund)		☐	☐
Zuschüsse und Darlehen zur Eingliederung in die Landwirtschaft		☐	☐
☐ = ja ☐ = nein	Lastenausgleichsleistungen	nach dem Lastenausgleichsgesetz	aus dem Härtefonds und Flüchtlingshilfegesetz

dard in den Maschen des sozialen Netzes erreichen läßt. Das gilt vor allem für die DDR-Deutschen. Solange das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost so steil verläuft, solange vieles drüben subventioniert wird und die Ostwährung billig ist, führt die neue Freizügigkeit zu wunderlichen und aus westlicher Sicht unerwünschten Ergebnissen.

Wenn ein Ost-Berliner in West-Berlin studiert, dann hat er dort Anspruch auf ein Bafög-Stipendium in Höhe von rund 850 Mark. Tauscht er das bei dem derzeitigen Kurs von 1:7 in Ostmark um, dann erreicht er leicht das Einkommen seines Ministerpräsidenten Hans Modrow.

Ein älterer DDR-Bürger, der mit einem Scheinwohnsitz in der Bundesrepublik Rente bezieht, kommt über Nacht zu Wohlstand ohne Leistung. Zwei Drittel der ostdeutschen Ruheständler erreichen nach 45 Versicherungsjahren lediglich die DDR-Mindestrente von 470 Ostmark. Im Westen gibt es um die 1600 D-Mark – ein Einkommen, das die Ostrente bei einem Tauschverhältnis von 1:7 um mehr als das Zwanzigfache übersteigt.

Die riesige staatliche Umverteilungsmaschine, die Alte, Kranke oder Auszubildende versorgt, wurde in Jahrzehnten konstruiert, in denen Deutschland und Europa zweigeteilt waren. Sie ist nicht gebaut für eine Zeit, in der zwischen Regionen mit unvereinbaren Wirtschaftsordnungen und klastertiefem Wohlstandsgefälle die Mauern fallen.

Alles wird nun, im Fall DDR wie der anderen osteuropäischen Staaten, davon abhängen, ob es gelingt, dort innerhalb kurzer Zeit eine Stimmung zu schaffen, die zum Bleiben veranlaßt. Alles deutet aber darauf hin, daß trotz vielfältiger Hilfen ein rascher Aufschwung ausbleibt.

Der Umbau der DDR-Wirtschaft benötigt Zeit, selbst wenn er entschiedener als bisher erkennbar in Angriff genommen wird. Im Moment macht sich erst mal der Aderlaß an qualifizierten Arbeitskräften bemerkbar; die Produktion in der DDR sackt, statt zuzunehmen.

Bei den Ostblockpartnern der DDR sind die Aussichten noch trüber. Die frierenden Rumänen, seit Anfang des Jahres frei zu reisen, werden sich an ihre Deutschstämmigkeit erinnern. Von den dort lebenden 230 000 Rumänen-Deutschen, Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, werden rund 80 Prozent in die Bundesrepublik kommen, rechnet

das Bonner Auswärtige Amt (siehe auch Seite 133). Vom Sommer an will Moskau seinen Bürgern freie Ausreise gewähren. Hunderttausende sind nach derzeitiger Rechtslage in der Bundesrepublik willkommen und haben Anspruch auf Sozialleistungen. Innenminister Wolfgang Schäuble rechnet allein in diesem Jahr mit insgesamt bis zu 600 000 Aussiedlern.

Gewiß, bisher kann niemand mit Sicherheit sagen, welche Auswirkungen die Wanderungswelle aus dem Osten auf das Sozialsystem, auf Wohnungsbeschaffung und Arbeitsvermittlung haben wird.

Optimisten halten es beispielsweise für möglich, daß die Beiträge der jungen DDR-Facharbeiter, die in der Bundesrepublik Beschäftigung finden, die zusätz-

jüngst, ein paar Millionen Neubürger zu verkraften. Man müsse sich nur ein bißchen einschränken.

Es geht aber nicht allein um die Opferbereitschaft der Bundesbürger. Auf dem Parteitag der SPD vorigen Monat in Berlin machte Oskar Lafontaine auf einen Widerspruch der derzeitigen Politik aufmerksam.

Bundesdeutschland, so der Kandidat, dürfe nicht länger mit „Prämien“ den Auszug der Facharbeiter aus der DDR fördern. Das Ergebnis dieser Politik, meinte Lafontaine, werde sein, daß die DDR noch weiter zurückfalle und gleichzeitig in der Bundesrepublik Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zunähmen.

„Mit einer solchen Politik“, attackierte der SPD-Herausforderer den amtierenden



Rumänen-Deutsche, Besucher Genscher*: „Nehmen Sie uns mit“

liche Belastung durch Neurentner aus dem Osten auffangen; daß ein von den neuen Arbeitnehmern angestoßenes Wachstum ausreicht, die Belastung der öffentlichen Kassen – von der Sozialhilfe bis zu den Kosten für Kindergärten und Kindertagesstätten – auszugleichen; daß die gegenwärtig blühende Konjunktur der westdeutschen Wirtschaft lange genug anhält, um den größten Teil der Neubürger in Jobs zu bringen und damit die Arbeitslosenversicherung vor einem Desaster zu bewahren.

Einem der reichsten Länder der Welt werde es ja wohl gelingen, fand Bundesstadtagspräsidentin Rita Süßmuth

* Am 16. Januar in Hermannstadt.

den Kanzler und dessen Arbeitsminister Norbert Blüm, „richten wir hier wie dort Schaden an, den niemand sehenden Auges verantworten kann.“

Wie groß die Schwierigkeiten im Westen bereits sind, welche Auswirkungen die Freizügigkeit und das Wohlstandsgefälle bereits zeitigen – dies bekamen am deutlichsten bisher die Berliner zu spüren.

Im Kanzleramt schilderte Bürgermeister Walter Momper (SPD) Anfang Dezember seinem Gastgeber Kohl, womit er sich herumzuschlagen hat: 300 000 Fahrgäste mehr pro Tag im öffentlichen Nahverkehr, Aus- und Übersiedler als Konkurrenz für 85 000 Arbeitslose, Kampf um Wohnungen, 28 000 Menschen in Heimen und Lagern. Momper:

„Heime nennt man das vornehm, Lager sind es.“

In der Bundesrepublik fehlten schon vor einem Jahr 700 000 Wohnungen. Gut 200 000 Neubauten wurden zwar im Jahresverlauf hochgezogen. Aber das reichte bei weitem nicht, um den Zustrom an Neubürgern unterzubringen. Ende des Jahres war der Fehlbestand in der Bundesrepublik auf 800 000 Wohnungen gewachsen.

In diesem Jahr wird das Wohnungsdefizit auf eine Million steigen, vielleicht sogar auf 1,2 Millionen, wie der Deutsche Mieterbund fürchtet. Vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen ist – im Wortsinne – längst kein Platz mehr: Hotelschiffe und stillgelegte Bordelle, Turnhallen und Kasernen sind voll. Nichts geht mehr.

Selbst massive Sonderbauprogramme helfen kurzfristig nur wenig. 12 000 Wohnungen will Hamburg zum Beispiel bis Ende 1991 mauern lassen. Doch dann, die Entwicklung der vergangenen zwölf Monate in die Zukunft übertragen, wäre der Stadtstaat schon wieder um knapp 50 000 Bürger gewachsen. Die brauchen, grob geschätzt, mindestens 15 000 Bleiben. Und: 50 000 Wohnungen fehlen an Elbe und Alster schon jetzt.

Weil die Aus- und Übersiedler die Mieten freifinanzierter Wohnungen meistens nicht zahlen können, sind sie auf Sozialwohnungen und billige Altbauten angewiesen. Doch gerade in diesem Bereich ist der Markt leer gefegt. Nur ein winziger Bruchteil der Neubauten ist mit öffentlichen Mitteln auf Billig-Niveau heruntersubventioniert.

Um die paar preiswerten Buden schlagen sich die einkommensschwächeren Alt-Bürger nun mit den Zuzüglern. Ein fröhlicher Wettstreit wird das nicht. Neid herrscht längst auf den Fluren der Wohnungsbauämter, und manche der aggressiven Formulierungen, die vor Jahresfrist noch Türken galten, müssen sich heute die „Zonis“ anhören.

Die Vorbehalte werden wachsen, je mehr sich die Zusammensetzung der Zuwanderer verändert. Eine Mitarbeiterin des Durchgangsheims für Aus- und Übersiedler in Berlin-Marienfelde erzählt: „Immer häufiger sind unter den Übersiedlern Alkoholiker, sozial schwache Familien und Eltern, die in der DDR ihre Kinder zurückgelassen haben.“ Das, so meint Berlins Sozialsenatorin Ingrid Stahmer, werde Folgen für die Sozialhilfe haben.

Die Erfahrungen der Berliner Sozialdemokraten beeindruckten sogar den Kanzler. Der für die Sozialkassen verantwortliche Bundesminister Blüm dagegen beschwor weiter die Gemeinsamkeit aller Deutschen.

Nachdem die echte Mauer eingerissen sei, tönte der Christdemokrat, dürfe kei-

Can you read this?

Lesen Sie doch einfach mal rein...

...und testen Ihre Englischkenntnisse. **SPOTLIGHT**, Ihr Monatsmagazin in Englisch, hat viele Seiten. Unterhaltend, aktuell und informativ berichtet **SPOTLIGHT** aus Ländern der englischsprachigen Welt: Geschichten über Land und Leute, Travel Features, Nachrichten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport. Ein besonders aufbereiteter sprachlicher Übungsteil verstärkt den Nutzeffekt. 250 000 Menschen haben bereits Ihre Englischkenntnisse mit **SPOTLIGHT** aktualisiert und vertieft. Der Trend zur Internationalität und Weltoffenheit bestimmen unser Leben in den 90er Jahren.

Man spricht englisch, mehr denn je.



...to hitch-hike and feed off their scraps.

Like a smuggler

We saw the shark later. Ten minutes after Alan gutted a fish and threw its innards overboard, a fin appeared and a large dark shape glided under the boat. The next morning no one felt like a swim.

We approached Hamilton Island the next day in the dinghy. I felt like a smuggler, or at least an illegal immigrant. "It's no problem," said Alan as we entered the harbour. "If anyone asks, you're off the white boat." We looked around. All the boats were white.

Hamilton Island has everything the demanding tourist with a credit card could wish for — hotels, high-class restaurants, swimming pools, shops, boutiques, a jet airport and the uniform appearance of a benevolent one-party state. The employees rush about in casual-looking colour-coordinated outfits and all the island vehicles bear the resort's blue-green fish emblem. Hamilton Island is a re-education camp with the task of brainwashing you into relaxation.

Unshaven and unwashed, we intruders shed down our noses and decided that 'I'd be better off staying on the'

SPOTLIGHT reports on faces and places — celebrities, politics, business, sport, trends, culture, ecology, current events, travel, science and entertainment.

Every article has a brief introduction in German.

Every article comes with its own German glossary, including help with pronunciation.

SPOTLIGHT is written by journalists from all over the English-speaking world.

Aimez-vous la France?

Dann informieren Sie sich in der Landessprache. Lernen Sie auf charmante, spritzige und unterhaltsame Art und Weise Land und Leute, Politik und Kultur, Küche und Mode kennen. Mit jedem Artikel vertiefen Sie Ihre Französisch-Kenntnisse und erweitern Ihren Wortschatz. Ein besonders aufbereiteter sprachlicher Übungsteil verstärkt den Nutzeffekt.

190.000 Menschen können sich nicht irren. Sie lesen bereits regelmäßig **écoute**. Avec **écoute**, devenez européen avant 1992.

Das redaktionelle Schema von **écoute** ist ähnlich wie bei **SPOTLIGHT** aufgebaut.

Achtung: Aus Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland Freixemplare bitte durch kurze schriftliche Mitteilung vom Verlag anfordern!

Abwurf ohne Risiko!

Diese Bestellung können Sie innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Heftes durch schriftliche Mitteilung an den Verlag widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die Absendung innerhalb dieser Zeit.

Karte bitte deutlich ausfüllen (oder kurze Mitteilung schreiben) und einsenden an:

SPOTLIGHT-Verlag, Abonnenten-Service, Freihamer Straße 4b, D-8032 Gräfelfing, München.

Auch im gut sortierten Zeitschriftenhandel erhältlich.



Interested? Intéressé?

Dann fordern Sie sofort Ihr kostenloses Freixemplar mit der nebenstehenden Karte an.

ne neue aus Paragraphen errichtet werden. Er werde sich jedenfalls nicht, wie „angesehene Mitglieder der SPD“, zum „Hilfsarbeiter der SED“ machen lassen.

Während Blüm in der Öffentlichkeit routiniert Sprüche klopfte, hatte er in seinem Ministerium längst die Fachleute beauftragt, die Rechtslage zu untersuchen und über Korrekturen des Sozialwerks nachzusinnen. Für die SPD zog deren Sozialexperte Rudolf Dreßler Bilanz.

Das Ergebnis der Recherchen von Regierung und Opposition unterschied sich kaum voneinander: Von der Arbeitslosenversicherung bis zur Rente sind Änderungen unabweisbar. Blüms öffentliches „Kein Problem“-Gehabe läßt sich nicht durchhalten.

Das weiß natürlich auch der flinke Blüm. Seine Durchhalteparolen sind wohldurchdacht, sie zielen nicht nur auf vordergründigen Wählerfang: Wird vor der Zeit offenkundig, daß Bonn an eine Verschlechterung der Bedingungen für Übersiedler und Aussiedler denkt, könnte genau das eine neue, unerwünschte Fluchtbewegung auslösen. Ein Kanzlerberater: „Das müssen wir in aller Stille tun“ – und öffentlich das Gegenteil verbreiten.

In einer vertraulichen Runde trugen Experten aus verschiedenen Ressorts kurz vor Weihnachten im Kanzleramt vor, was aus ihrer Sicht zu geschehen habe. Die allgemeine Einsicht: So großzügig wie bisher können Aus- und Übersiedler auf Dauer nicht vom sozialen Netz aufgefangen werden, Einschnitte sind unvermeidlich.

Als besonders teures Ärgernis gilt das sogenannte Fremdentenrecht, nach dem die Renten der Aus- und Übersiedler berechnet werden. Danach gelten alle Versicherungszeiten der Zuwürger so, als ob sie in der Bundesrepublik erworben worden seien. Ohne eine Mark Beitrag wird volle Rente bezogen.

Die großzügige Regelung ist nur historisch zu verstehen. Als diese Rentenregelung 1960 beschlossen wurde, war der Eisernen Vorhang nahezu undurchdringlich. Wer unerlaubt in die Bundesrepublik gelangte, hatte eine gefährliche Flucht hinter sich, Eigentum in Siebenbürgen oder in Cottbus zurückgelassen und häufig das Leben riskiert. In mühsamen Gesprächen ließen sich viele Jahre später Ostblockländer wie die DDR, die UdSSR, Polen und Rumänien von Bonn die Großzügigkeit abkaufen, kleine Kontingente von Deutschen oder Deutschstämmigen ziehen zu lassen.

Die Flüchtlinge galten als späte Opfer der Vertreibung und der neuen Nachkriegsgrenzen. Sie sollten wie die Vertriebenen der ersten Generation in der prosperierenden Bundesrepublik



Sozialpolitikerin Stahmer (l.), Übersiedler-Klasse: In Berlin geht nichts mehr

rasch eingegliedert werden und möglichst gleich am erreichten Wohlstand teilhaben.

Für die Rente bedeutete dies, das sogenannte Eingliederungsprinzip zu wählen. Danach kommt es nicht auf die anderswo eingezahlten Beiträge an. Wer in der Bundesrepublik seine Rente bezieht, erhält ein Altersgeld, als ob er hier gearbeitet und Beiträge gezahlt hätte.

Das Eingliederungsprinzip ist nur bezahlbar, wenn die Zahl der Neurentner gering bleibt. Zwischen Staaten mit Freizügigkeit wird deshalb im allgemeinen das sogenannte Exportprinzip vereinbart.

Beispiel: Ein Arbeitnehmer hat 20 Jahre in Frankreich gearbeitet und anschließend 15 Jahre in der Bundesrepublik. Er kann sich frei entscheiden, ob er seinen Lebensabend in Straßburg oder in Kehl verbringt: Die französische und die deutsche Altersversorgung bezahlen jeweils ihren Anteil, der sich nach dem Rentenniveau im eigenen Lande bemißt.

Würde das Exportmodell auf Aussiedler und Übersiedler angewendet, dann wäre der finanzielle Anreiz, hier zu leben, dahin. Die von Rubel, Zloty, Lei und Ostmark in Westmark umgerechneten, tatsächlich erworbenen Ansprüche lägen weit unter dem Sozialhilfanspruch in der Bundesrepublik.

So aber ermöglicht das geltende Recht den reibungslosen Wechsel von der östlichen Tristesse ins westliche Konsumparadies. Zieht ein Rentner von Dresden nach Darmstadt, werden ihm seine 40 Arbeitsjahre in der DDR hierzulande voll angerechnet. Anspruch auf Rente hätten ehemalige Stasi-Mitarbei-

ter, selbst Erich Honecker nebst Gemahlin Margot. Das gleiche Prinzip gilt für die Aussiedler.

Da im Osten, anders als im Westen, in aller Regel sowohl Mann als auch Frau gearbeitet haben, addiert sich bei einem aus der DDR übergesiedelten Rentnerhepaar das Ruhegeld leicht auf über 3000 Mark im Monat. Da kommt Sozialneid auf bei jenen Bundesbürgern, die 40 Jahre lang ihre Beiträge bezahlt haben und dennoch mit einer vergleichsweise kargen Rente auskommen müssen.

Der Zorn richtete sich bislang eher gegen Aussiedler aus Polen oder der Sowjetunion als gegen umgezogene DDR-Bürger. Als im vergangenen Frühjahr bekannt wurde, daß den Zuwanderern zum Teil längere Kindererziehungszeiten und mehr Wehrdienst für ihre Rentenbiographie gutgeschrieben werden, gab es erstmals Proteste. Dem Kleinentner gehe „da doch die Sicherung durch“, zeigt Lothar Fichtner von der Landesversicherungsanstalt Württemberg Verständnis.

Finanzprobleme freilich hat der Zuzug der Rentenversicherung bisher nicht beschert. Die Aussiedler-Familien sind im Schnitt jünger als die Bevölkerung in der Bundesrepublik. Das heißt: Die jungen Zuwanderer konnten, wenn sie Arbeit fanden, mit ihren eigenen Beiträgen die gleichzeitig fällig werdenden Renten ihrer Eltern finanzieren.

So waren von den 1988 registrierten Aussiedlern 32,9 Prozent jünger als 20, aber nur 6,9 Prozent älter als 60 Jahre. Für die DDR-Übersiedler gilt: 22,2 Prozent waren jünger als 20 und 12,5 Prozent älter als 60 Jahre. Die Bundesdeutschen sehen dagegen alt aus: Zwar sind

wenigstens noch 21,4 Prozent unter 20, aber zugleich auch stattliche 21,4 Prozent über 60 Jahre alt.

Trotz des verlockenden Rentenanspruchs erwiesen sich die DDR-Rentner, die anders als die Arbeitnehmer schon seit Jahren legal überwechseln können, bisher als erstaunlich seßhaft. 1988 passierten nur reichlich 6000 Ruheständler den antifaschistischen Schutzwall und stellten hier einen Rentenantrag. Alten Menschen fällt der unwiderrufliche Entschluß, Heimat, Verwandte und Freunde aufzugeben, offenkundig sehr schwer.

Das muß nicht so bleiben. Vor allem für DDR-Rentner haben sich die Verhältnisse seit dem 9. November gründlich geändert. Die möglichen Auswirkungen betrachten Rentenfachleute mit Schauern.

Die Entscheidung, das Einkommen von 470 Mark-Ost auf 1600 Mark-West zu steigern, ist nicht mehr zwingend mit den früheren Nachteilen verbunden. Besuche in der DDR sind kein Problem, selbst Aufenthalte von mehreren Monaten in der alten Heimat kann den übergewechselten DDR-Rentnern niemand verwehren. Mit ihrem Westgeld sind sie daheim Könige.

Der Wechsel dürfte in Zukunft für die Rentner noch attraktiver werden. Egal, wer nach den Wahlen in der DDR regiert, mit den hohen Subventionen für Brot, Kleider oder Mieten wird es bald vorbei sein. Die steigenden Preise werden zwar zum Teil durch höhere Löhne und Renten ausgeglichen. Vorrang aber werden die Löhne haben. Den Rentnern



DDR-Rentner: Mit dem Westgeld ein Einkommen wie Modrow

in der DDR droht eine weitere Verschlechterung ihres ohnehin kargen Lebensstandards.

Hinzu kommt: Mit der Flüchtlingswelle des vergangenen Jahres sind sehr viele junge Menschen in die Bundesrepublik gekommen. Sie haben, neben den Verwandtschaftsbanden, einen handfesten Grund, ihre Eltern zur Familienzusammenführung im Westen zu ermuntern: Zwei Renten, über 3000 Mark netto im Monat, sind beim Start gewiß hilfreich.

Wenn sich nur 500 000 von den 2,7 Millionen DDR-Altenteilern zum Wechsel entschließen, so rechnen Blüms Experten vorsichtig, dann kostet das die bundesdeutsche Rentenversicherung neun Milliarden Mark. Der Beitrag der Beschäftigten hier müßte zur Finanzierung der so plötzlich angeschwollenen Alten-Last um einen ganzen Prozentpunkt auf fast 20 Prozent steigen. All dies sind grobe Schätzungen, es kann weniger sein, aber auch mehr.

Genauso unwägbare wie die Belastungen, die bei unveränderter Rechtslage auf die Rentenkassen zukommen, sind die Erschwernisse für die Krankenversicherer.

Hunderttausende werden gen Westen trecken, wenn sich die Lebensverhältnisse im Osten nicht bald bessern. Für die aber, die daheim bleiben, ist die Versuchung groß, wenigstens alle Vorteile zu ergattern, die ohne Umzug zu erhalten sind.

Wer wollte es einem DDR-Bürger verdenken, sich die beste medizinische Behandlung zu sichern? Das Gesundheitsabkommen von 1974 zusammen mit der neuen Freizü-



Polnische Aussiedler in der Bundesrepublik*: Strengere Maßstäbe angelegt

* In Hamburg.

gigkeit bieten da doch einige Möglichkeiten.

Eigentlich regelt der Vertrag nur, daß Bürger beider Staaten auf Reisen bei akuten Krankheiten kostenlos behandelt werden. „Akut“ nötig ist nach geltendem Recht eine Zahnbehandlung, wenn der Zahn schmerzt, wirklich oder angeblich; nötig ist eine neue Brille oder eine neue Hörhilfe, wenn das vorhandene Gerät versagt.

Der Exodus von Ärzten und Pflegern, der Mangel an moderner Medizintechnik und das Fehlen wirksamer Medikamente – dies alles hat bei vielen DDR-Bürgern offenbar das Gefühl aufkommen lassen, sie müßten im Zweifel früher sterben als die Bundesbürger mit ihrer High-Tech-Diagnostik und -Therapie. Wer dem Tastbefund des eigenen Doktors schon lange nicht mehr traut,

Monate, vielleicht Jahre vergehen. Ohne solchen zeitlichen Puffer wirkt die ost-westliche Völkerwanderung hingegen auf eine andere Problemzone der Westgesellschaft, den Arbeitsmarkt.

Optimistisch verkünden Norbert Blüm und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, die Aus- und Übersiedler seien wegen ihrer guten Ausbildung und ihrer Jugend gut in die bundesdeutsche Arbeitswelt einzugliedern. In der derzeit rosigen Konjunktur nähmen sie den Bundesbürgern keine Arbeitsplätze weg, sie besetzten vielmehr Stellen, die sonst verwaist blieben. Damit trügen sie zum wirtschaftlichen Wachstum bei.

Das ist höchstens die halbe Wahrheit. Berlins Sozialsenatorin sieht die Lage anders. Plötzlich stünden gutausgebildete junge Handwerker aus der DDR be-

Neben den Übersiedlern treten als neue Anbieter auf dem Arbeitsmarkt in Grenznähe und besonders in Berlin zusätzlich auch DDR-Pendler an. Die können selbst bei geringen Einkommen für einen Wochenendjob, etwa als Kellner oder Putzfrau, einen beachtlichen Schnitt machen und sich so endlich den gebrauchten Golf leisten.

Sie können ihr Westgeld auch „umrumbeln“, wie es im Fachjargon heißt, also im Westen in Ostmark tauschen. Ein Verdienst von 300 Mark-West wird bei einem Kurs von 1:7 rasch zum Monatseinkommen eines Ostarztes.

Die Wahrscheinlichkeit von Konflikten ist groß, denn die DDR-Bürger werden versucht sein, sich im Zweifel mit einem unter dem Tarif liegenden Lohn abzufinden. Blüms Staatssekretär Bernhard Jagoda hat in Ost-Berlin gemein-



Kontrahenten Blüm, Lafontaine: Die Zeit der Vertriebenen und Flüchtlinge ist vorbei

der kann jetzt leicht über die Grenze wechseln, einem Westarzt die Symptome schildern und mit einem Ultraschall-Diagramm nach Hause reisen.

Die Grenzen zwischen Mißbrauch und großzügiger Nutzung der Möglichkeiten verwischen. Bisher sind nur einzelne Tricksereien bekanntgeworden, von massenhafter Ausbeutung wissen die Krankenkassen nichts. Doch so was kann sich ganz schnell ändern.

Die Kosten für die Behandlung der Ostpatienten tragen nicht AOK und Barmer. Bezahlen muß Bonn. Blüm lamentiert denn auch, es gehe nicht an, „daß bundesdeutsche Steuerzahler die Zahnprothetik der Besucher aus der DDR finanzieren“.

Bis die Renten- und die Krankenversicherung die Auswirkungen der Aus- und Übersiedlerwelle auf ihren Konten registrieren können, bis die Bürger die Folgen womöglich über Beitragserhöhungen zu spüren bekommen, werden noch

reit, die willens seien, an jedem gewünschten Ort anzutreten. Die Unternehmen seien nun nicht mehr sonderlich daran interessiert, eigene Leute zu qualifizieren oder sich gar mit Langzeitarbeitslosen zu befassen. Frau Stahmer: „Es gibt einen Verdrängungswettbewerb.“

Der Trierer Arbeitsamtsdirektor Eckart Schmitt-Wallraff – weitab von den besonders kritischen Grenzregionen – bestätigt die Beobachtung: „Der Wettbewerb um die Arbeitsplätze wird härter.“

Fachleute der Commerzbank kommen zum gleichen Ergebnis. Bei einer Arbeitslosenzahl von rund zwei Millionen werde der Arbeitsmarkt durch die Neu-Bürger „spürbar belastet“. Die starke Zuwanderung führe dazu, daß die Zahl der Jobsucher in der Bundesrepublik 1990 nicht sinken werde, obwohl mit einem Zuwachs von etwa 300 000 Arbeitsplätzen zu rechnen sei.

sam mit seinem neuen Kollegen Hans-Jürgen Kaminski vom Ministerium für Arbeit und Löhne nach einer Lösung gesucht, bislang vergebens.

Ost-Berlin möchte die Pendler-Arbeit genehmigungspflichtig machen, Bonn aber mag keine Amtshilfe bei der Identifizierung jener Pendler leisten, die sich um dies Gebot nicht scheren. Begründung: Es sei jedem Deutschen unbenommen, sich eine Arbeit zu suchen, wo er wolle.

Die Zuwanderer verdrängen nicht nur einheimische Konkurrenten, sie haben zunehmend selbst Schwierigkeiten, einen Job zu finden. Im Dezember 1989 waren je 130 000 Aus- und Übersiedler arbeitslos. Diese Zahl gibt nicht das ganze Elend wieder, da die Teilnehmer an Sprachkursen nicht als arbeitslos gelten.

Die jungen Zuwanderer aus der Sowjetunion, Polen und jetzt wohl auch Rumänien haben es zunehmend schwerer, einen Job zu finden. Für Ende 1988

schätzte die Commerzbank die Arbeitslosenquote bei den Aussiedlern bereits auf über 30 Prozent, das ist mehr als dreimal so hoch wie die Arbeitslosenquote der Bundesrepublikaner.

Die Situation hat sich seither noch verschlechtert: Die Ankömmlinge sind älter, die Aussiedler sprechen kaum Deutsch, und ihre beruflichen Fähigkeiten entsprechen nicht dem Bedarf. Bergbauberufe, Handwerker und Hilfsarbeiter sind besonders häufig vertreten. Die Qualifikation entspricht dem Standard der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik.

Bei den DDR-Übersiedlern sieht das zwar besser aus, aber auch hier registrieren die Nürnberger Vermittler Qualifikationsmängel. Gute Chancen haben Spezialisten wie Fluglotsen, aber auch Krankenschwestern, Altenpfleger oder Bauhandwerker. Schwierig ist dagegen zum Beispiel die Lage der meisten Akademiker, die ein völlig anderes Studium als hierzulande üblich hinter sich haben.

Von den arbeitslosen Aus- und Übersiedlern konnten die Arbeitsämter im Dezember 1989 nur 2600 Aussiedlern eine Stelle vermitteln, von den DDR-Übersiedlern fanden immerhin 17 900 einen Arbeitsplatz.

Hält die ost-westliche Völkerwanderung im erwarteten Ausmaß an, drängen tatsächlich, wie seriöse Experten schätzen, bis zum Jahr 2000 rund drei Millionen Neubürger aus der DDR und Osteuropa in die Bundesrepublik – dann haben die Bonner nur noch die Wahl zwischen zwei Übeln.

Entweder sie heben die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung an. Oder sie füllen das Finanzloch der Arbeitslosenversicherung, das schon jetzt vier Milliarden Mark ausmacht, aus dem Staatshaushalt auf. Beides belastet letztlich die Bundesbürger, die entweder höhere Sozialabzüge oder höhere Steuern hinnehmen müssen.

Noch überdecken in der Öffentlichkeit nationale Aufwallungen solch nüchterne Rechnereien. Doch ob berechtigt oder nicht: Mehr und mehr Arbeitslose, Wohnungssuchende, Bewerber um einen Kindergartenplatz oder gar eine Ganztagsbetreuung für den Nachwuchs fühlen den Konkurrenzdruck der Neuen. Das Gegrummel vor allem der ohnehin schon Benachteiligten wird lauter.

Den einzigen Ausweg aus diesem Dilemma hat Oskar Lafontaine benannt: Die „Prämie“ für einen Umzug von Deutschland nach Deutschland müsse fallen, und auch der materielle Anreiz, aus Sibirien an den Rhein zu trecken.

Bei ihren Planspielen beziehen die Experten der Bundesregierung Ideen ein, die offiziell noch tabu sind. So wird erwogen, die Renten für Aus- und Übersiedler nach einer Methode festzulegen, die den Begünstigten weit weniger Geld auf die Konten bringt als bisher.

Die Ziele der CDU sind denen Lafontaines verwandt. Durch die erwogenen Abstriche soll hierzulande aufkeimender Sozialneid erstickt, Fremdenfeindlichkeit gedämpft werden. Das freiwerdende Geld kann beim Aufbau im Osten investiert werden. Beides, die schlechteren

könnte Bonn einen solchen Rentenschnitt im Alleingang durchsetzen. Der Bundestag müßte lediglich das Fremdrentengesetz ändern.

Anders sieht es jedoch im Fall Polen aus. Mitte der Siebziger schloß die sozialliberale Bundesregierung mit Warschau einen Sozialpakt ab, der eine aus heutiger Sicht unmögliche Klausel enthält: Polen, die in der Bundesrepublik ihren Lebensabend verbringen, werden nach dem Eingliederungsprinzip behandelt, wenn sie offiziell als Asylanten anerkannt werden. Sie erhalten dann Renten, als hätten sie immer in der Bundesrepublik gearbeitet.

Solange der Eisernen Vorhang dicht war und Warschau seine Bürger praktisch nicht ausreisen ließ, war dieses Zugeständnis ohne Risiko. Unter den Bedingungen der Freizügigkeit sieht das plötzlich anders aus. Würde das geltende Rentenrecht für deutsche Über- und Aussiedler geändert, dann würden die Polen geschont, sie könnten sich ungeschmälerter Renten erfreuen.

Das Fremdrentengesetz für Aus- und Übersiedler läßt sich mithin nur ändern, wenn die Polen zu Abstrichen bereit



Bei der Arbeitssuche



Als Angestellte im Friseursalon, im Restaurant



DDR-Übersiedler: „Der Wettbewerb um Arbeitsplätze wird härter“

Aussichten hier und die besseren Chancen daheim, sollen potentielle Auswanderer zum Bleiben ermutigen.

Die Ideen sind gut, die Ausführung allerdings ist schwierig. Ein Absenken des Rentenniveaus stößt auf rechtliche Probleme.

Bonner Beamte peilen in ihren Planspielen eine Rente an, die im Normalfall knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus liegt. Dann würde der Reiz zur Einwanderung schwinden.

Gegenüber den Zuzüglern aus der Sowjetunion, Rumänien und der DDR

sind. Die aber, fürchten die Regierenden, werden teuer. Bonner Fachleute rechnen damit, daß Warschau im Gegenzug milliardenschwere Entschädigungsforderungen für die polnischen Zwangsarbeiter im Dritten Reich vorlegt.

Ohne Rücksichtnahme auf Warschau, bedrängt allein von innenpolitischen Widersachern aus der Vertriebenenlobby, können und müssen die Regierenden sich zugleich an eine Aufarbeitung des Vertriebenenrechts machen. Aus den Bundesländern kommt mächtig Druck,



Erfolgreicher im Beruf mit EF Sprachkursen!

Verbessern Sie jetzt Ihre Berufschancen für den EG-Markt, mit einem EF Crashkurs in unseren Business Centres im Ausland:

- Maximaler Lernerfolg bei minimalem Zeitaufwand.
- EF Kurse gewährleisten optimale und individuelle Lernbedingungen.
- Professionelles Sprachtraining für Fach- und Führungskräfte.
- Branchenspezifisch zusammengestellte Kursprogramme.
- Einzelunterricht oder in Kleinstgruppen.

Fordern Sie unsere Broschüre an.

EF Institute

Mittelweg 22-24
2000 Hamburg 13
Fax: 0 40 / 44 88 98

Tel.: 0 40 / 44 10 35



LEBENS RICHTIG

Welt-Anschauung
und Ethik
für ein optimales
Leben

Josef Haid

Wissenschaftler urteilen:

„Das Buch ist grossartig.“

„Für die menschliche
Erneuerung ein Katalysator.“

„Das neue Verhaltensprinzip ist
überzeugend.“

„...hat den Charakter eines
Naturgesetzes.“

„Ein unvergleichlicher
Wegweiser.“

147 Seiten, SFR/DM 15.-, Auflage inkl. Vorläufer
deutsch und englisch 282'000 Expl.
Asama Verlag, CH-7002 Chur
Kora GmbH, D-7918 Illertissen

die Einbürgerungspraxis schnellstmöglich zu verschärfen.

Das zielt zunächst auf viele Aussiedler aus Polen. Deren Volkszugehörigkeit gilt bislang in den Ämtern als erwiesen, wenn sie sich, so Paragraph 6 des Vertriebenengesetzes, in Polen als Deutsche „bekannt“ haben und wenn sie Belege für die Volkszugehörigkeit mitbringen.

Diese Beweise werden heute von einem Großteil dadurch erbracht, daß die Eltern oder Großeltern in der sogenannten Abteilung 3 der deutschen Volksliste gestanden haben. In dieser Volksliste 3 führten die Nazi-Besitzer während des Weltkriegs rund 1,7 Millionen Polen, die nach Herrenmenschen-Kriterien als „eindeutschungsfähig“ galten. Zur deutschen Minderheit gehörten und gehören diese Auswanderer nicht, mehr als 90 Prozent dieser Gruppe sprechen kein Deutsch.

Landespolitiker, die nicht mehr wissen, wo sie die Aussiedler unterbringen sollen, wollen unverzüglich die Anerkennung dieser Aussiedler-Gruppe stoppen. Sie wollen gar generell für alle Deutschstämmigen in Osteuropa festlegen, daß kein „allgemeiner Vertreibungsdruck“ mehr besteht. Konsequenz zu Ende geführt, bedeutete diese Strategie, daß Aussiedler künftig nur den dürftigen Rechtsstatus von Asylbewerbern besäßen.

Politisch wie rechtlich wären derartige Einschnitte nur konsequent. In vielen Bereichen trägt die gegenwärtige Rechtslage Züge des Absurden. Sie räumt dem Zuwanderer ja nicht nur ohne entsprechende Beiträge eine soziale Gleichstellung gegenüber den Bundesbürgern ein; sie sorgt vielmehr noch für eine Bevorzugung des Neubürgers.

Übersiedler und Aussiedler ziehen jetzt häufig ebenso mit Sack und Pack im großen Möbelwagen um wie Bundesbürger beim ganz normalen Wohnungswechsel. Doch der Ex-DDR-Bürger sieht sich meist viel besser gestellt.

Da ist der Fall eines Westlers, der hierzulande, beispielsweise in Köln, seinen Job kündigt, zu seiner Freundin nach Münster zieht und dort keine Arbeit findet. Zwölf Wochen lang erhält der Mann kein Arbeitslosengeld, obwohl er zuvor ordentlich Beiträge gezahlt hat. Das ist vom Staat so gewollt, ist quasi die amtliche Strafe für die freiwillige Aufgabe der festen Anstellung.

Anders der Magdeburger, der seiner Braut in den Westen folgt. Sein Eingliederungsgeld läuft ab Ankunft, obwohl er nie eine Mark in die westliche Arbeitslosenversicherung eingebracht hat. Er hat, im Unterschied zu den Einheimischen, Anspruch auf zinsverbilligte Darlehen zur Wohnungseinrichtung bis zu 10 000 Mark. Und er kann die Kosten für Schlaf- und Wohnzimmermöbel immer noch steuermindernd geltend machen,

obwohl er ja seine Habe nicht mehr zurücklassen muß.

Eine halbwegs einleuchtende Begründung für diese Bevorzugung gibt es nicht. Und so ist es auch mit einer Reihe anderer Willkommengeschenke, die für die Neuankommlinge bereitgehalten werden.

Zum Beispiel werden den Aussiedlern immer noch Einreisekosten bis zu 1500 Mark pro Person erstattet. Es gibt Hilfen zur Existenzgründung, Darlehen aus einem staatlichen Existenzgründungsprogramm oder aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm, jeweils bis zu einem Betrag von 300 000 Mark. Der Staat zahlt Zuschüsse und Darlehen zur Gründung von bäuerlichen Nebenerwerbsstellen.

Nach dem Lastenausgleichsgesetz können die Neubürger in vielen Fällen Geld aus einer sogenannten Hauptschädigung kassieren, sie haben Anspruch auf eine Hausratsentschädigung und eine Kriegsschadenrente (siehe Grafik Seite 30).

All diese Regelungen dienten einmal der reibungslosen Eingliederung jener Flüchtlinge, die mittellos und gegen viele Widerstände ihr Ziel, das westliche Deutschland, erreicht hatten.

Nun aber, da von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von der Elbe bis zur Wolga weitgehend Freizügigkeit für die fern der Heimat lebenden Deutschen und ihre Abkömmlinge herrscht, wirkt die Staatsfinanzierung des Länder- und Systemwechsels wie eine Prämie für Auswanderung.

Niemand käme schließlich auf die Idee, einem Deutschen, der lange in Brasilien oder in den USA gelebt hat, oder gar dessen Nachkommen, Reisekostenzuschüsse für die Rückkehr in die alte Heimat zu zahlen; niemand möchte solchen Deutschstämmigen eine Rente garantieren oder steuerliche Freibeträge für den Hausratskauf einräumen.

Ohne viel öffentliches Getrommel haben sich einige Provinzpolitiker inzwischen darangemacht, die Privilegien abzubauen. Stuttgarts Regierungschef Lothar Späth strich viele „Prämien“, die das Land verteilt. Wenige Tage später folgten die Kollegen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und dem Saarland.

Die SPD-regierten Stadtstaaten Hamburg und Bremen führen bei der Anerkennung von Polen als Deutschstämmige einen strengeren Maßstab ein. Wer sich nur auf die Volksliste 3 berufen kann, wird in Hamburg und Bremen nicht mehr ohne weiteres für deutschstämmig erklärt.

Bonn, so fordern die Länderfürsten, solle nun rasch nachziehen. Doch der dort zuständige Norbert Blüm weiß, daß es nicht einfach ist, für den Kurswechsel eine Mehrheit zu bekommen.

Im vergangenen Jahr hatte Blüm bereits einen Anlauf genommen. Er wollte



Stern

„Ich Boris Karlowitsch Kohl aus Tadschikistan – zurück in alte Heimat, grüß dich, Vetterchen!“

den Anspruch der Aus- und Übersiedler auf Arbeitslosengeld streichen und an dessen Stelle ein nach dem Sozialhilferecht bemessenes Eingliederungsgeld zahlen. Blüm scheiterte am Widerstand der Vertriebenenpolitiker seiner Partei.

Das neue Eingliederungsgeld ist weiterhin an den Tatbestand der Arbeitslosigkeit gekoppelt; es ist deshalb, bei mehreren Arbeitslosen in der Familie, weiterhin ein beachtlicher Ausreisearbeiz.

Anders als im vergangenen Jahr sucht Blüm diesmal eine breitere Mehrheit für seinen Reformversuch. In einem Brief an Bundeskanzler Kohl bat er seinen Chef, doch wenigstens mit der SPD, möglichst auch mit den Grünen, Verbindung aufzunehmen zu dürfen. Dort will der Sozialminister ausloten, welche Gesetzesänderungen in einer Art großen Koalition möglich sind. Aber die Zeit wird nicht mehr reichen, noch in der am Jahresende auslaufenden Legislaturperiode das Gesetzeswerk zu vollenden.

Immerhin: In Bonn zeichnet sich ein Konsens ab, daß die Zeit der Vertriebenen und Flüchtlinge vorbei ist in einem Osteuropa, das sich frei macht von kommunistischen Diktaturen und von sowjetischer Vorherrschaft.

Wer heute von Ost nach West wandert, der flieht nicht vor Unterdrückern; den zieht es, durchaus verständlich, in die glitzernde Warenwelt des Westens. Jene Jahrzehnte alten Gesetze, die alle Grenzwechsler aus dem Osten zu Opfern des

Weltkriegs oder des kommunistischen Terrors machten, sind Regeln aus einer anderen Welt.

Das trifft zunächst jene, die aus Polen, Rumänien, der Sowjetunion nach Bundesdeutschland streben, mit mehr oder minder stichhaltigen Belegen deutscher Abkunft. Das trifft aber – weniger massiv, gewiß – auf Dauer wohl auch diejenigen, die sich zu einem Umzug vom Territorium der DDR auf das der Bundesrepublik entschließen.

Bevor die Politiker allerdings die vielen attraktiven Lockvogel-Angebote aus dem Schaufenster nehmen, wird noch heftig über das Reizthema der Zuwanderer gestritten werden. Anlaß liefern die vielen Wahlkämpfe in diesem Jahr zuhauf. Die Diskussion über drohende Verschlechterungen aber, darüber sind sich alle einig, wird die Flüchtlingszahl hochschnellen lassen.

Was der Bundesrepublik noch bevorsteht, konnte Außenminister Hans-Dietrich Genscher vergangene Woche in Rumänien bei den Volksdeutschen erfahren. Der Mann aus Bonn versuchte die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen davon zu überzeugen, sie müßten nun nicht überstürzt ihre Heimat verlassen, ihr Recht auf Einreise werde nicht beschränkt. Die Rumänien-Deutschen glaubten dem Bonner nicht. „Helfen Sie uns hier rauszukommen“, riefen sie Genscher in Hermannstadt zu, „nehmen Sie uns mit!“

Atommüll

Normalfall Störfall

Nach einer Studie ist die französische Nuklearanlage in La Hague, die westdeutschen Atommüll aufarbeitet, ein erhebliches Sicherheitsrisiko.

Die westeuropäische Atomwirtschaft ist jedesmal erleichtert, wenn heftige Stürme an die bretonische Steilküste peitschen. Dann verteilen Wind und Wellen gefährliche radioaktive Partikel, die aus der französischen Atommüll-Fabrik La Hague stammen, in alle Himmelsrichtungen. In Wackersdorf, urteilt der Hannoveraner Physiker und Ökologe Helmut Hirsch, 40, „wäre so ein Ding nie gebaut worden“.

In einer bisher unveröffentlichten Studie für die Umweltorganisation Greenpeace haben Hirsch und französische Atomexperten das „Restrisiko“ der größten Wiederaufbereitungsanlage der Welt untersucht. Im Herzstück der europäischen Atommüll-Entsorgung landen rund zwei Drittel aller abgebrannten Brennelemente aus den 20 westdeutschen Meilern.

Die Ergebnisse der Studie sind alarmierend: Geheimegehaltene Daten aus der militärisch-zivilen Nuklearindustrie Frankreichs belegen, so der Pariser Co-Autor Mycle Schneider, 30, daß von der Fabrik „weitaus höhere Umweltgefahren ausgehen als bisher bekannt“.

In La Hague befindet sich derzeit der neue Betriebsteil UP 3, von westdeutschen Stromkonzernen mitfinanziert, im Probelauf. Diese „Usine Plutonium“ der Staatsfirma „Compagnie générale de matières nucléaires (Cogema)“ soll Plutonium und Uran aus dem verbrauchten Brennstoff von Kernkraftwerken chemisch abtrennen.

Das Verfahren gilt als eines der risikoreichsten im gesamten Brennstoffkreislauf. In der Steuerzentrale, die mit 1000 Quadratmetern fast so groß ist wie bei der US-Raumfahrtagentur Nasa, sei „der Störfall“ jetzt schon „der Normalfall“, sagt Nuklearexperte Hirsch.

Bei Probelaufen in UP 3 versagten etwa im November ein Ventil sowie wichtige Teilchenfilter, eine rötliche Wolke strömte aus. Im gleichen Monat geriet ein Behälter für schwachaktiven Atommüll in Brand, den die Mannschaften mit Handfeuerlöschern bekämpften.

61 Pannen waren in zwölf Jahren in La Hague zu bewältigen: Leckagen, Feuer, Ausfälle elektrischer Systeme und „besonders schwerwiegend“, Risse in den Abwasserleitungen. Nur das britische Sellafield liegt mit 111 „Ereignis-